

## Mitbestimmung macht gute Laune

**Ausbildungsreport 2010: Die DGB-Jugend sieht Probleme beim Jugendarbeitsschutz und unterstreicht die große Bedeutung der Interessenvertretungen.**

**H**arte Arbeit, viele Überstunden, rauer Umgangston – so heißt das prägende Beiwerk der Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Im Ranking der Gesamtbewertung der 25 meistgewählten Ausbildungsberufe im diesjährigen Ausbildungsreport, den die DGB-Jugend im September 2010 in Berlin vorgelegt hat, belegen die Ausbildungen zum/zur Hotel- und Restaurantfachmann/-frau die letzten beiden Plätze. Auf Platz eins: die Ausbildung zum/zur IndustriemechanikerIn. Bundesweit wurden 7.317 junge Menschen befragt, wie zufrieden sie mit ihrer Ausbildung sind.

**Die DGB-Daten** seien »ein jährlicher Gradmesser für die Qualität in der Ausbildung«, sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock anlässlich der Präsentation der Ergebnisse. Hier zeige sich, in welchen Berufszweigen es gut laufe und in welchen noch Nachholbedarf bestehe.



Jährlich aktuell: Der Ausbildungsreport der DGB-Jugend

Von letzteren gibt es genug: Branchenübergreifend liegt der Anteil der Auszubildenden, die Überstunden leisten (müssen), bei sagenhaften 40,2 Prozent. Im Hotel- und Gaststättengewerbe kommen sogar zwei Drittel der Auszubildenden auf regelmäßige Überstunden.

**Wie passend**, dass die Bundesregierung plant, »Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe« durch ein »flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz« abzubauen – Klartext: Es soll gelockert werden.

Den es legt fest, dass Auszubildende, die noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben, nur an fünf Tagen in der Woche arbeiten dürfen – und das insgesamt höchstens 40 Stunden.

Und? 17,4 Prozent der befragten Minderjährigen geben jetzt schon an, mehr als 40 Stunden pro Woche zu arbeiten. 7,8 Pro-

zent müssen mehr als fünf Tage pro Woche im Betrieb arbeiten. »Schutzvorschriften zu »Ausbildungshemmnissen« zu erklären, ist eine nicht hinnehmbare Diffamierung des Jugendarbeitsschutzes«, sagte DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

**Auch sehr problematisch** ist die häufig ungeklärte Übernahme-situation am Ende der Ausbildung: Zum Zeitpunkt der Befragung wussten 66,9 Prozent der Befragten nicht, ob sie am Ende der Ausbildung übernommen werden. Lediglich ein Fünftel (20,5 Prozent) der Befragten gab an, übernommen zu werden.

Zur Unterstützung in solchen und anderen Fällen gibt es für die Auszubildenden die betriebliche Mitbestimmung – und die ist wichtig: 82,5 Prozent der befragten Auszubildenden, die auf eine Interessenvertretung zurückgreifen können, zeigten sich zufrieden bzw. sehr zufrieden mit ihrer Ausbildung – deutlich häufiger als jene, die nicht unterstützt werden (62,7 Prozent Zufriedenheit).

Rudolf: »Ein ganz klares Votum pro Mitbestimmung! Das gibt Anlass zu der Hoffnung, dass viele junge Kolleginnen und Kollegen zu den Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen ab dem 1. Oktober 2010 kandidieren.«

[www.dgb-jugend.de/ausbildung](http://www.dgb-jugend.de/ausbildung)

### INHALT

#### 3 thema

Die 16. Shell-Jugendstudie und die Gewerkschaftsjugend

#### 4 ausbildung + beruf

Sozialversicherung und Studium  
ILO-Bericht zur Jugendarbeitslosigkeit

#### 5 projekte

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe beim BJA  
Brandneu: Das DGB-Bildungsprogramm 2011

#### 6 azubi-ratgeberin

Zum Ausbildungsstart

#### 7 bezirke + gewerkschaften

DGB-Jugend Thüringen:  
Nazis ins Altpapier

### DGB-TAGUNG

## Berufsbildungsaustausch

ExpertInnen und Interessierte treffen sich am 25. und 26. Oktober 2010 in Berlin zum »Tag der Berufsbildung« des DGB.

Infos: [www.wir-gestalten-berufsbildung.de](http://www.wir-gestalten-berufsbildung.de)

## Aktionen geplant

**DGB-Herbst** ■ Der DGB fordert mit seinem Aufruf unter dem Motto »Deutschland in Schiefelage« zur Beteiligung an bundesweiten gewerkschaftlichen Herbstaktionen auf. Gemeinsam soll für soziale Gerechtigkeit und einen starken Sozialstaat gestritten werden, für die Regulierung der Finanzmärkte und für eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

[www.herbstaktion.dgb.de](http://www.herbstaktion.dgb.de)

## Stoppt Rösler

**Kampagne zur Gesundheitsreform** ■ Das gewerkschaftliche Projekt »Köpfe gegen Kopfpauschale« hat im September 2010 eine bundesweite Unterschriftenaktion gegen die von der Bundesregierung geplante Gesundheitsreform gestartet.

Grundlage ist ein gemeinsamer Aufruf, mit dem ein Bündnis aus DGB-Gewerkschaften, Jugend- und Frauenverbänden, Sozial- und Wohlfahrts- sowie Ärzte-, Umwelt- und Migrantenverbänden den Stopp der Kopfpauschalenpläne von Gesundheitsminister **Philipp Rösler** (FDP) fordert.

**Kampagnen-Homepage:** [www.stoppauschale.de](http://www.stoppauschale.de)

## BAföG-Novelle

**Erhöhung fast durch** ■ Nachdem die Bundesregierung im Sommer eine Anhebung der BAföG-Förderung auf bis zu 670 Euro monatlich beschlossen hatte, hatten viele Studierende gehofft, schon im neuen Semester davon zu profitieren.

Nachdem die BAföG-Erhöpfung zunächst in den Vermittlungsausschuss verwiesen worden war, wo ein erster Versuch einer Einigung Mitte September 2010 scheiterte, war im Oktober zu vernehmen, es werde eine zweiprozentige Erhöhung geben. DGB und Gewerkschaften hatten gefordert, die Streitigkeiten nicht auf dem Rücken der Studierenden auszutragen. Kinder aus finanziell benachteiligten Familien seien auf jeden Cent BAföG angewiesen.

[www.dgb-jugend.de/studium](http://www.dgb-jugend.de/studium)

## Befristet im Amt



U. v. d. Leyen

### Bundesarbeitsministerium

■ Die Grünen kritisieren Bundesarbeitsministerin **Ursula von der Leyen** (CDU) für die Einstellungspraxis in ihrem Ministerium: Überdurchschnittlich viele MitarbeiterInnen hätten nur Zeitverträge erhalten.

Während deutschlandweit knapp die Hälfte der Neueinstellungen über Zeitverträge erfolge, seien es im Bundesarbeitsministerium zwei Drittel. Auch bei der Gesamtzahl der befristet Beschäftigten liege Leyens Haus vorn.

[www.gruene.de](http://www.gruene.de)

## Schlechte Zahlen

**Jugend prekär beschäftigt** ■ Im vergangenen Jahr waren deutlich mehr Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos oder hatten unsichere Jobs als im Jahr 2000, wie das Statistische Bundesamt mitteilt. Im Vergleich zu 2000 waren 2009 rund 40% mehr junge Leute arbeitslos.

Bei den so genannten atypisch Beschäftigten stieg die Zahl um 42% auf 676.000. Dazu gehören Leute, die weniger als 20 Stunden die Woche arbeiten, befristete Arbeitsverträge haben oder bei einer Zeitarbeitsfirma angestellt sind.

Um 25% gesunken ist hingegen die Zahl derjenigen, die bereits in jungen Jahren einem ganz normalen Job nachgehen. Insgesamt arbeiteten 4,4 Mio. Jugendliche, 1,5 Mio. absolvierten eine Ausbildung, ca. 800.000 jobbten neben Schule und Uni.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Real im Abseits

**Fiese Zahlen** ■ Immer mehr junge Menschen mit einem mittleren Schulabschluss finden keinen Ausbildungsplatz, das hat jetzt auch die Bertelsmann-Stiftung herausgefunden. Allein in Westdeutschland fehlte rund 260.000 RealschulabsolventInnen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren eine Berufsausbildung. Insgesamt haben dort 1,5 Mio. Menschen dieser Altersgruppe keinen Berufsabschluss – das ist jeder Fünfte.

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

## Gerichtlich erlaubt

**Storch Heinar** ■ Das Landgericht Nürnberg hat die Klage der Thor-Steinar-Klamottenfirma Mediatex gegen die Label-Satiriker von Storch Heinar um den SPD-Politiker **Matthias Brodkorb** aus



S. Heinar

Mecklenburg-Vorpommern abgelehnt. Brodkorb will durch den Storch der Arbeit gegen Rechtsextremismus eine unterhaltsam-satirische Note geben, Thor Steinar dagegen sah seine Produkte verunglimpft. Der Laden wollte vor Gericht Schadensersatz erwirken.

**Landgericht Nürnberg, Az.: 3 0 5617/09**

## Gegen Kinderarmut

**SoVD fordert** ■ Mit dem Forderungspapier »Kinderarmut bekämpfen – Chancengleichheit verwirklichen« bezieht der Sozialverband Deutschland (SoVD) im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung Position.

Die Existenznot unter Kindern in Deutschland ist seit Jahren auf dem Vormarsch, Rund 2,5 Mio. Kinder gelten in Deutschland als arm.

**Infos:** [www.sovd.de](http://www.sovd.de)

## Jugendgarantie

**Europäisches Problem** ■ Eine »Europäische Jugendgarantie« soll sicherstellen, dass junge arbeitslose Menschen nicht länger als vier Monate ohne Beschäftigung bleiben. Das hat das Europäische Parlament beschlossen. Aufgrund der Wirtschaftskrise steigt der Prozentsatz an jungen Arbeitslosen stärker an als der Durchschnittswert der Arbeitslosigkeit. Im Dezember 2009 waren in der EU 5,5 Mio. junge Menschen bis 25 arbeitslos – 21,4% dieser Altersgruppen.

[www.jugendpolitikeneuropa.de/themen/bildung/news-633.html](http://www.jugendpolitikeneuropa.de/themen/bildung/news-633.html)

## Im Zweifel vorn

**Frauen vs. Männer** ■ Frauen leiden einer Studie zufolge mehr als Männer unter Selbstzweifel, Versagensangst und Kritik. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Selbstzweifel-Fachmagazins »Apotheken-Umschau«. Jede fünfte Frau (20,1%) sagte, sie fürchte oft, in irgendeinem Bereich zu versagen. Von den Männern ängstigte dies nur jeden siebten (14,4%).

Fast drei von zehn Frauen (27,1%) grübeln oft darüber nach, was andere Menschen von ihnen denken – bei den Männern tut dies nur knapp jeder Vierte (22,8%).

**Soli aktuell meint:** Selbstzweifel ist erst der Anfang!

## Zivi mit 67

**Schröder schlägt vor** ■ Zivildienst ist schön. Deshalb kann sich Bundesjugendseniorenministerin **Kristina Schröder** (CDU) auch einen für die ganze Familie vorstellen. Im September 2010 fragte sie den Moderator des Deutschlandradios: »Warum denn nicht auch Ältere, die Zivildienst machen, warum denn nicht der 67-Jährige, der sagt, ich mache jetzt noch mal ein halbes Jahr Zivildienst?«



K. Schröder

Bisher war das zivildienstliche Engagement vor allem jungen Männern vorbehalten. Die DGB-Jugend setzt sich für die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen und Jugendfreiwilligendienste ein.

**Soli aktuell meint:** Super Sache! By the way: Wie sieht's denn eigentlich aus mit der Rente ab 19...?

## Gut gesagt

**O-Ton** ■ »Die Polizei wird zunehmend als Puffer zwischen Politik und Gesellschaft missbraucht.«



K. Freiberg

**Konrad Freiberg**, Vorsitzender der GdP, zu den Protesten gegen die Atompolitik der Bundesregierung.

# Die Kluft wird größer

**Die 16. Shell-Jugendstudie zeigt das weitere Auseinanderdriften der Milieus: Jugendliche aus sozial schwachen Familien werden immer stärker benachteiligt.**

**Z**uversicht und Optimismus bestimmen derzeit das Lebensgefühl der Jugend in Deutschland, wenn man nach den Ergebnissen der 16. Shell-Jugendstudie geht, die Mitte September 2010 veröffentlicht wurde. Die Studie erscheint alle vier Jahre und gilt als wichtigster Gradmesser, wenn es um die Befindlichkeiten der Generation der zwölf- bis 25-Jährigen geht.

Eitel Freude und Sonnenschein herrscht trotz der vordergründig schönen Resultate aber noch lange nicht. Denn während insgesamt 59 Prozent der 2.500 Befragten aus den vornehmlich besser betuchten Gesellschaftsschichten zuversichtlich ihrer Zukunft entgegenblicken, kann dies lediglich ein Drittel der Jugendlichen aus weniger privilegierten Verhältnissen von sich sagen: Ihnen fehlt es nämlich an schulischen, beruflichen oder auch ganz einfach individuellen Perspektiven. Und so verbirgt sich hinter den Daten vor allem eines: die starke soziale Spaltung der Jugend.

**Bei der DGB-Jugend** ist darüber niemand verwundert: »In keinem anderen Land hat die soziale Herkunft derart dramatische Auswirkungen auf die individuellen Bildungschancen«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

Er warnt zudem davor, dass der offensichtliche Optimismus eines großen Teils der jungen Generation rasch zu Enttäuschungen führen kann. »Es ist ja grundsätzlich positiv, dass 76 Prozent der Auszubildenden glauben, nach der Ausbildung übernommen zu werden. Die spätere Realität sieht aber leider etwas anders aus«, so Rudolf.

Nach einer aktuellen Studie der Hans-


Böckler-Stiftung wurden bereits 2007 lediglich 60 Prozent der Azubis übernommen. Angesichts der Finanzkrise ist zu befürchten, dass sich dieser Wert noch einmal verschlechtert hat. Und Stephan Grünewald, der Leiter einer anderen Jugendstudie, die das Kölner Marktforschungsinstitut Rheingold dieser Tage ebenfalls veröffentlicht hat, spricht anhand seiner Daten sogar von einer »tiefen Verachtung«, mit der selbst Menschen, die sich eher als solidarisch einschätzen, auf schwächere Gruppen herab-

endlich einen gerechten Zugang zur Bildung für alle bekommen und die Qualität der Ausbildung sicherstellen.«

**Wie sich die berufliche Zukunft** aber tatsächlich gestalten wird, ist für einen großen Teil der Jugendlichen unklar. Die Jugendarbeitslosigkeit ist seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise dreimal so stark gestiegen wie in allen anderen Altersgruppen. Und wem der Berufseinstieg gelingt, sieht sich häufig mit prekären bzw. atypischen Beschäftigungsverhältnissen konfrontiert: mit zeitlich befristeten Verträgen, in Leiharbeit, mit schlechter Entlohnung oder in teils unbezahlten Praktika.

Dieser Trend findet sich, eher versteckt, auch in den Zahlen der Shell-Studie wieder: So ist das Vertrauen in die großen Unternehmen gesunken, ebenso wie in die Politik, während das Vertrauen in die Gewerkschaften überdurchschnittlich hoch ist. Rudolf: »Die junge Generation sieht sehr klar, wer sich wirklich für sie und ihre Zukunft einsetzt und wer nicht.«

**Ein weiteres Ergebnis** der Shell-Studie: 44 Prozent würden an einer Demonstration teilnehmen, wenn ihnen eine Sache persönlich wichtig ist. Das Meinungsforschungsinstitut Forsa hatte im Auftrag der DGB-Jugend 2009 sogar eine Protestbereitschaft von 60 Prozent ermittelt.

Das gerade bei jüngeren Befragten der Shell-Studie deutlich gewachsenen Interesse an gesellschaftlichen Vorgängen ist für die DGB-Jugend ein positives Signal. »Es lässt auch uns hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, wenn die heranwachsende Generation wieder politischer wird und soziales Engagement zunimmt«, so Rudolf. 

Mathias Albert, Klaus Hurrelmann u.a.: *Shell-Jugendstudie 2010*, Fischer, Frankfurt/M. 2010, 412 S., 16,95 Euro



schauen: »Die Welt ist klar geteilt in Winner und Loser.«

»Die Jungen spüren den Druck«, sagt Rudolf. »Die Anforderungen steigen ständig, die Konkurrenz ist groß – darauf wollen sie vorbereitet sein und setzen auf Bildung. Eine gute Schulbildung und eine qualitativ hochwertige Ausbildung sind ihre Absicherung gegen die düsteren Zukunftsperspektiven. Da ist es umso wichtiger, dass wir



# Werkstudium – eine Statusfrage

**Duales Studium: Wann sind Studierende in der Sozialversicherung und wann nicht? Die Antwort gibt Janis Klusmann.**

**D**en meisten Modellen des dualen Studiums ist eines gemein: dass die Studierenden einen Teil ihrer Ausbildung an einer Hochschule oder Berufsakademie absolvieren und in der Regel gleichzeitig einen Vertrag mit einem Unternehmen geschlossen haben.

Die Zukunftsaussichten für dual Studierende sind gut, ihr Arbeitnehmer-Status im Betrieb ist aber oft unklar. Die Krankenkassen haben bisher alle derartigen Studiengänge gleich behandelt. Diese Studierenden hatten keinen Studierendenstatus und waren aus dem vom Betrieb gezahlten Stipendium voll sozialversicherungspflichtig.

Im Dezember 2009 hatte das Bundessozialgericht diese Praxis teilweise für nicht rechtmäßig erklärt.

Den Werkstudierendenstatus bekommen künftig Studierende im Praxisverbund


oder anderen Studiengängen, in denen durch regelmäßigen betrieblichen Einsatz berufspraktische Erfahrungen vermittelt werden, ohne dass dabei ein beruflicher Abschluss erworben werden kann.

**Der Werkstudierendenstatus** – und die studentische Krankenversicherung – entfällt hingegen im dualen Studiengang und anderen Studiengängen, in deren Rahmen zugleich ein Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf erworben werden kann. Dasselbe gilt für betriebliche Weiterbildungen in berufsintegrierten oder berufsbegleitenden Studiengängen und für Fernstudiengänge an einer beliebigen ordentlichen Hochschule, soweit daneben weiter gearbeitet wird. Da das Studium hier Bestandteil eines Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses ist, besteht Versicherungspflicht als Arbeitnehmer.

**Die DGB-Jugend** setzt sich dafür ein, dass prinzipiell alle Erwerbseinkommen nach Sozialversicherungszweigen differenziert beitragspflichtig werden. Praxis- und ausbil-

dungsintegrierte Studiengänge sollen als gleichwertige Studienangebote behandelt werden.

Da nun aber – im Anschluss an das Gerichtsurteil – der Spitzenverband der Krankenkassen die Auffassung vertritt, dass die bezahlte Vergütung kein Arbeitsentgelt ist, besteht die Gefahr, dass viele Unternehmen diesen dual Studierenden das Wahlrecht zur Jugend- und Auszubildendenvertretung und damit auch zu den Betriebsratswahlen aberkennen wollen.

Die Betroffenen erhalten Zahlungen aus dem Betrieb und sollen wie alle anderen ArbeitnehmerInnen behandelt werden, mit den entsprechenden Arbeitnehmerschutzrechten, einschließlich der Möglichkeit der Tarifierung. Deshalb setzt sich die DGB-Jugend für eine Vergütung für dual Studierende ein, die sich an den Ausbildungstarifen des dualen Ausbildungssystems orientiert. 

[www.dgb-jugend.de/studium](http://www.dgb-jugend.de/studium)

Janis Klusmann ist Berater bei »Students at work«.



## Weltweite Zunahme

**Die ILO warnt vor Jugendarbeitslosigkeit – die hat im Moment die höchsten Zuwachsraten.**

**N**ichts hat soviel Konjunktur wie die Jugendarbeitslosigkeit: Die Zahl arbeitsloser Jugendlicher im Alter von 15 bis 24 ist in den vergangenen zehn Jahren weltweit enorm angestiegen, so das Ergebnis einer neuen Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Waren 1995 noch 74 Millionen Jugendliche arbeitslos, wurde 2005 schon eine Zahl von 85 Millionen erreicht – ein Zuwachs um fast 15 Prozent. Im Schnitt ist die Wahrscheinlichkeit, als jugendlicher arbeitslos zu sein, dreimal so hoch wie bei Erwachsenen.


Die ILO geht in ihrer Studie davon aus, dass weltweit mindestens 400 Millionen menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen werden müssten, um allen Jugendlichen eine produktive Beschäftigung zu ermöglichen.

Mit Abstand am höchsten sind die Arbeitslosenraten unter Jugendlichen im Nahen Osten und Nordafrika mit durchschnitt-

lich 25,7 Prozent, aber auch in Spanien, Osteuropa (ohne EU-Staaten) und die ehemaligen Sowjetrepubliken weisen mit 19,9 Prozent den zweithöchsten Stand auf, gefolgt von Afrika südlich der Sahara mit 18,1 Prozent, Lateinamerika und den Karibikstaaten mit 16,6 Prozent sowie Südostasien und den Pazifikstaaten mit 15,8 Prozent. Am unteren Ende der Skala finden sich die Industrieländer einschließlich der EU mit 13,1 Prozent, Südasien mit zehn und Ostasien mit 7,8 Prozent.

Deutschland schneidet mit 8,8 Prozent relativ gut ab. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock sieht den Grund dafür in der spezifischen Ausrichtung der dualen Ausbildung, warnt aber zugleich: Der hohe Anteil von unsicher beschäftigten Jugendlichen in Leiharbeit, Befristung, in Minijobs und unbezahlten Praktika ist sehr problematisch.



Zudem ist die Quote der jungen Langzeitarbeitslosen auch in Deutschland hoch: Weit über 25 Prozent haben nach mehr als zwölf Monaten noch keine neue Beschäftigung gefunden. Der DGB fordert daher, die Altersteilzeit auszubauen und unsichere Beschäftigung zu begrenzen. 

Die Studie »Global Employment Trends for Youth« (Englisch) im Internet: [www.ilo.org/trends](http://www.ilo.org/trends)

# Es gibt Handlungsbedarf

*Im DGB-Bundesjugendausschuss zu Besuch: Hermann Gröhe, CDU-Generalsekretär.*

**B**ei mir in der Straße ist eine Berufsschule. Das größte Problem, das die Schüler dort haben: dass sie keine Parkplätze für ihre Autos finden.«

Wenn es um die Jugend in Deutschland geht, weiß Hermann Gröhe, 49, Bescheid. Nicht nur, dass er mal Vorsitzender der Jungen Union war. Nein, der heutige CDU-Generalsekretär kann sich richtig aufregen, wenn sich junge Menschen, die ihr schönes Leben vor sich haben, vor Zukunftsangst verstecken wollen. »Wehleidigkeit« nennt er das, zu finden sogar »unter den künftigen Chefs«, den Kids aus der Upper Class. Die sollten sich lieber auch mal sozial engagieren, wie in den USA.

Prekarität, das Stichwort, das in den Medien grassiert, wenn's um die Jugend geht, ist ihm nicht fremd. Doch überall sonst in Europa sehe es – nach halbüberstandener Finanzkrise – schlimmer aus als in Deutschland.

Die Krise zu bewältigen, das sei ein »Werbefilm« für eine funktionierende Sozialpartnerschaft gewesen, sagt er den haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftsmitgliedern des DGB-Bundesjugendausschusses (BJA) an diesem 6. Oktober 2010. Daher gelte für die CDU: Abstriche an der Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft seien definitiv nicht wünschenswert.

**Sehr gut findet das** auch die anwesende Gewerkschaftsjugend. Vor allem Gerd-Joachim Langecker, Jugendsekretär der NGG. Aus seinem Organisationsbereich – Hotels und Gastronomie – stammen traditionell



*Lebenswelten in der BJA-Diskussion – v.l.: Gerd-Joachim Langecker, Kathy Hübner. V.r.: Pascal Burisch, Eric Leiderer*



*In der Mitte (v.l.): Hermann Gröhe, Ingrid Sehrbrock, René Rudolf*

die schlimmsten Statements von Jugendlichen im jährlichen Ausbildungsreport der DGB-Jugend. Auf der Karte: Überstunden satt, schlechte Bezahlung an miesem Arbeitsklima. Ausgerechnet hier soll der Jugendarbeitsschutz geschleift werden. Für den hätte Langecker gern ähnlichen Bestandsschutz reklamiert wie für die Mitbestimmung.

**»Ich bin sehr dagegen,** den Jugendarbeitsschutz gänzlich zu schleifen«, sagt Gröhe. »Man muss aber fragen: Welche Flexibilisierung ist sinnvoll? Wie sieht die jugendliche Realität aus?« Ausschließen will er Änderungen grundsätzlich nicht.

Dass die Perspektivlosigkeit nicht nur branchenüblich sei, sondern durchaus deutschlandweit herrsche, findet IG BCE-Bundesjugendsekretärin Katy Hübner. Schlimme Übernahme-situation, Unternehmen, die sich ihre Auszubildenden ausleihen, um Tarifverträge zu umgehen, das gibt es überall. »Zwei Drittel der Azubis werden nicht übernommen«, konstatiert auch IG Metall-Bundesjugendsekretär Eric Leiderer für seinen Bereich.

»Viele meiner Kommilitonen würden sich als arm bezeichnen«, sagt Hülya Dogan von der ver.di Jugend, die selbst studiert.

»Die Masse der Jugendlichen kommt nicht aus der Oberschicht«, merkt Pascal Burisch von der IG Metall-Jugend an.

»Das beschreibt einen Teil der Jugend«, ist sich Gröhe sicher. Und ja, hier gebe es durchaus Handlungsbedarf.

**Nochmal zu dem anderen Teil** – soziales Engagement der Bessergestellten gut und schön. »Wie werden die Reichen denn in die Pflicht genommen?«, will Patrick Nüß von der IG BCE-Jugend wissen. Warum denn nicht den Spitzensteuersatz erhöhen? »In Nordrhein-Westfalen ist jedes vierte Kind arm«, sagt DGB-Bezirksjugendsekretärin Antonia Kühn. »Ich hätte gern vernünftige Steuern und gute Schulen. Mit freiwilligen Leistungen ist es da nicht getan.«

CDU-Generalsekretär und BJA kommen an diesem Tag noch nicht so richtig zusammen. Es sei aber gut, dass es das Treffen gegeben habe, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf. »Wir werden den Dialog fortsetzen.«

## NEU & AKTUELL

### DGB-Jugendbildungsprogramm 2011

Das neue Bildungsprogramm der DGB-Jugend für das kommende Jahr ist da! Eine große Auswahl maßgeschneiderter Seminare für haupt- und ehrenamtliche AkteurInnen der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit kann ab sofort gebucht werden. [S](#)

[www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)



# In die Ausbildung starten

**Das neue Ausbildungsjahr hat begonnen: Der erste Schritt in die Arbeitswelt ist verbunden mit vielen neuen Eindrücken. Ob Vertrag, Probezeit, Berufsschule oder Unterstützung: Es gibt einiges zu beachten.**

## Ausbildungsvertrag erhalten und geprüft?

Der Ausbildungsvertrag ist ein wichtiges Dokument – und noch vor Beginn der Ausbildung muss er schriftlich abgeschlossen werden. Hier sind alle relevanten vertraglichen Vereinbarungen wie


- sachliche und zeitliche Gliederung und Ziel der Berufsausbildung
- Beginn und Dauer der Berufsausbildung
- Ausbildungsort und Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte
- Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit
- Dauer der Probezeit
- Zahlung und Höhe der Ausbildungsvergütung
- Dauer des Urlaubs
- Voraussetzungen für eine Kündigung festgehalten (§11 Berufsbildungsgesetz, BBiG).

Falls es in dem Ausbildungsvertrag einen Hinweis auf einen geltenden Tarifvertrag oder eine Betriebsvereinbarung gibt, sollte sich der Auszubildende diese bei der zuständigen Gewerkschaft oder bei dem Betriebsrat besorgen, denn hier sind oft wichtige Regelungen festgehalten.

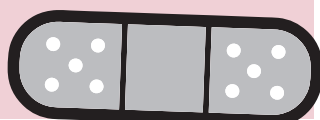
Der Ausbildungsvertrag wird vom Ausbilder und dem Auszubildenden unterschrieben – bei minderjährigen Azubis zusätzlich noch von den gesetzlichen VertreterInnen – und an die zuständige Kammer zur Überprüfung und zur Eintragung des Ausbildungsverhältnisses geschickt.

## ZWÖLF ANTWORTEN

### Dr. Azubi hilft

Muss ich als Azubi Überstunden machen? Kann ich meinen Ausbildungsplatz auch wechseln? Wie sollte mein Ausbildungsvertrag aussehen? Die DGB-Jugend hat ein umfangreiches Online-Dossier zum Ausbildungsstart zusammengestellt, das diese und viele weitere Fragen beantwortet. 

[www.dgb-jugend.de/ausbildung](http://www.dgb-jugend.de/ausbildung)



Der von der Kammer abgestempelte Ausbildungsvertrag wird wieder dem Auszubildenden ausgehändigt. Dies ist ein wichtiger Nachweis dafür, dass ein eingetragenes Ausbildungsverhältnis vorliegt, und wichtig, damit es nicht zu Problemen bei der Anmeldung zur Zwischen- und Abschlussprüfung kommt.

## Probezeit gut überstehen

Die Berufsausbildung beginnt mit der Probezeit. Diese kann minimal einen Monat und darf maximal vier Monate dauern (§20 BBiG). In der Praxis wird meist eine Probezeit von vier Monaten vereinbart. Dieser erste Ausbildungsabschnitt hat eine entscheidende Bedeutung: Der Auszubildende und der Ausbilder sollen beurteilen, ob der Azubi die richtige Berufswahl getroffen und sich für den richtigen Ausbildungsbetrieb entschieden hat. Deshalb kann während der Probezeit das Ausbildungsverhältnis jederzeit schriftlich ohne Angaben von Gründen gekündigt werden (§22 BBiG).

Da es in der Regel bei einer Kündigung in der Probezeit keine Frist gibt, endet das Ausbildungsverhältnis sofort mit Zugang der Kündigung.

Nach der Probezeit steht der Auszubildende unter einem besonderen Kündigungsschutz und kann nur außerordentlich gekündigt werden, wenn er extrem gegen seine Pflichten im Ausbildungsverhältnis verstößt. Während der Probezeit ist es daher angeraten, sich von seiner besten Seite zu zeigen – und herauszufinden, ob einem der Beruf und der Betrieb zusagen oder nicht.

Die Probezeit kann nur unter ganz bestimmten Umständen verlängert werden: Wenn der Ausbilder keine Möglichkeit hat, den Auszubildenden kennenzulernen, weil er beispielsweise ein Drittel der Probezeit krank war. Dies muss aber im Vorfeld vereinbart werden.

Bestimmte Personengruppen – Schwangere, Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung und Schwerbehinderte – genießen auch während der Probezeit einen besonderen Kündigungsschutz.

## Berichtsheft führen

Ein geführtes und unterschriebenes Berichtsheft ist die Voraussetzung für die Zulassung zur Abschlussprüfung. Der Auszubildende ist dazu verpflichtet, sein Berichtsheft sorgfältig und regelmäßig zu füh-

ren. Falls noch kein Berichtsheft ausgehändigt wurde, sollte man den Ausbilder unbedingt darauf ansprechen. Er ist verpflichtet, das Berichtsheft dem Auszubildenden kostenlos zur Verfügung zu stellen und ihn dazu anzuhalten, es zu führen und es zu kontrollieren.

Wichtig zu wissen: Dem Auszubildenden muss in der Regel während der Arbeitszeit die Möglichkeit gegeben werden, das Berichtsheft zu führen.



Termin bei Dr. Azubi.  
Mit Julia Kanzog

## Berufsschule besuchen

Das duale Ausbildungssystem sieht vor, dass die Ausbildung an zwei Lernorten stattfindet: dem Ausbildungsbetrieb und der Berufsschule. Der Auszubildende wird somit für den Berufsschulunterricht von der Arbeit freigestellt und ist auch verpflichtet, diesen zu besuchen.


Die Berufsschulzeit ist ein wichtiger Teil der Berufsausbildung und wird auf die Ausbildungszeit angerechnet. Wenn der Azubi aufgrund von Krankheit nicht an der Berufsschule teilnehmen kann, muss er sich auch in seinem Ausbildungsbetrieb krankmelden, und zwar unbedingt: Berufsschulpflichtigen Azubis droht bei wiederholtem unentschuldigtem Fernbleiben sogar ein Bußgeldverfahren!

## Finanzielle Hilfen

Unter bestimmten Umständen können Auszubildende eine staatliche finanzielle Unterstützung bei der Agentur für Arbeit beantragen: die Berufsausbildungshilfe (BAB). Diese muss nach der Ausbildung nicht zurückbezahlt werden und wird Auszubildenden nur gewährt, wenn sie während der Ausbildung nicht mehr bei den Eltern wohnen und es sich um eine staatlich anerkannte Erstausbildung handelt.

Bei minderjährigen Auszubildenden muss zusätzlich noch ein wichtiger Grund hinzukommen: z.B. dass der Ausbildungsort zu weit von dem Wohnort der Eltern entfernt ist.

Der BAB-Antrag sollte frühzeitig beantragt werden, da er nur rückwirkend bis zur Antragsstellung gezahlt wird.

Falls dem Auszubildenden diese Unterstützung »dem Grunde nach« nicht zusteht, weil es sich beispielsweise um eine Zweitausbildung handelt, kann es gut sein, dass er statt dessen Anspruch auf Wohngeld hat. 

Den BAB-Rechner der Arbeitsagentur gibt es unter [www.babrechner.arbeitsagentur.de](http://www.babrechner.arbeitsagentur.de)

# Vier Cent pro Kilo

**Die DGB-Jugend Thüringen ist extrem und sammelt rechte Presse fürs Altpapier. Das ist nötig und erfolgreich, sagt Sandro Witt.**

**Die DGB-Jugend Thüringen hat die Aktion »Brauner Dreck ins Altpapier« gestartet. Was hat es damit auf sich?**

Die NPD in Thüringen, deren Landtagseinzug wir mit der gemeinsamen Initiative »Deine Stimme gegen Nazis« im Jahr 2009 verhindert haben, hat ein neues Zeitungsprojekt angekündigt. Diese Blättchen, die vor allem kommunalpolitische Themen aufgreifen, sollen in den Kreisen verteilt werden, in denen die NPD schon starke Wahlergebnisse eingefahren hat. Nach Angaben der NPD in Thüringen soll durch dieses Projekt die Lücke ausgenutzt werden, welche die »etablierten Parteien und Medien« hinterlassen haben. Wir wollen dem mit unserem Aufruf etwas entgegenzusetzen und vor allem die Menschen sensibilisieren.

**Wozu fordert ihr die Leute auf?**

Die NPD-Zeitungen, die wir namentlich benennen, aus dem Briefkasten zu holen und uns direkt zu geben oder selbst zu den Altpapiersammelstellen zu bringen. Pro gesammeltes Kilo Altpapier gibt es vier Cent von der Stadt.

**Was erhofft ihr euch davon?**

Drei Dinge: Durch das Weiterleiten des Aufrufes gibt es eine Debatte und vor allem Aufklärung über die Vorhaben der extrem rechten NPD. Die zweite Hoffnung hat sich

bereits erfüllt: Wir wollen der NPD – wie in den Jahren zuvor – ein Dorn im Auge sein. Dass uns das auch mit diesem Aufruf wieder gelungen ist, zeigt, dass sich auf einer Website der Naziszene intensiv mit unserem Aufruf auseinandergesetzt wird.

**Wie ist die Resonanz?**

Ich habe gerade erfahren, dass die Mutter eines unserer Jugendlichen den Aufruf genommen hat und nun von seiner Schule aus Zeitungen für uns gesammelt werden. Das führt zu Debatten und Diskussionen, die so vorher nicht stattfanden. Viele Jugendverbände und Parteien unterstützen den Aufruf. Damit haben wir ehrlich gesagt überhaupt nicht gerechnet. Da wir den Aufruf in eine laufende Kampagne der DGB-Jugend mit einbinden, werden wir erst im Dezember wissen, wie erfolgreich wir waren...

**Und diese Kampagne heißt: »Wir sind extrem...«. Nun ist die Gewerkschaftsjugend nicht unbedingt für ihren Extremismus bekannt – worauf zielt das Motto ab?**

Nach Auffassung eines Teils unserer Landesregierung ist die politische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten etwas »Linksextrêmes«. Damit wird notwendiger antifaschistischer Protest, an dem auch der DGB und seine Jugend beteiligt sind, diffamiert und kriminalisiert. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat nachgewiesen, dass Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus durchaus in der Mitte der Gesellschaft zu finden sind. Die Antwort der Gewerkschaftsjugend darauf ist eindeutig: Angesichts von neu aufgeleg-



ten Programmen gegen einen herbei geredeten Phantomschmerz Linksextrémismus haben wir uns entschieden, dem etwas entgegenzusetzen. Wir wollen den Begriff »Extremismus« ad absurdum führen, da wir ihn als ideologisches Monstrum ablehnen. Mit T-Shirts, Postkarten und eigenen Veranstaltungen werden wir klarmachen, worum es uns geht. Die nächste Veranstaltung heißt »Wir sind extrem... gefährdet« und wird sich mit den Angriffen auf das Jugendarbeitsschutzgesetz befassen. Denn die Gewerkschaftsjugend – und das gilt bundesweit – ist nämlich extrem demokratisch! Und vor allem: extrem gutaussehend. [5]

Infos: [www.dgbjugend-th.de](http://www.dgbjugend-th.de)

Sandro Witt war bis 30. September 2010 Jugendbildungsreferent der DGB-Jugend Thüringen und ist nun DGB-Organisationssekretär.



Sandro Witt

## KURZ UND KLEIN

### Aktivposten

□ Zum Schuljahresbeginn hat der **DGB NRW** einen Neuanfang in der Schulpolitik gefordert. Die Absicht der Landesregierung, das verbindliche Grundschulgutachten und den Probeunterricht beim Übergang in die Sekundarstufe I abzuschaffen und dem Elternwillen wieder Vorrang einzuräumen, wird begrüßt. Die größte Herausforderung wird in der Umsetzung des längeren gemeinsamen Lernens aller SchülerInnen gesehen. Die **DGB-Jugend NRW** veranstaltet am 3. November 2010 ihr traditionelles Jugendpolitisches Suppenessen. In der Nacht vom 12. auf den 13. November 2010 werden im Rahmen des gewerkschaftlichen »Heißen Herbstes« coole Nachtaktionen durchgeführt.

[www.dgb-jugend-nrw.de](http://www.dgb-jugend-nrw.de)

□ Die **DGB-Jugend Rheinland-Pfalz** organisiert am 15. November 2010 eine Veranstaltung zum Auslaufen ihres Modellprojektes im Rah-

men des Bundesprogrammes »Vielfalt tut gut« u.a. mit Ministerpräsident Kurt Beck (SPD).

[www.dgb-jugend-rlp.de](http://www.dgb-jugend-rlp.de)

□ Die **DGB-Jugend Sachsen** führt am 28. Oktober 2010 ihre Konferenz mit dem Titel »Hoch flexibel, dereguliert und unorganisiert – Prekäre Beschäftigung und Gewerkschaften« durch.

[www.dgb-jugend-sachsen.de](http://www.dgb-jugend-sachsen.de)

□ Die **Opferberatung Dresden** unterstützt den ungewöhnlichen Spendenaufruf der BewohnerInnen der Robert-Matzke-Straße 16 in Dresden: Um das vermutlich von Nazis angegriffene Wohnprojekt zu unterstützen, kann man »Beschützer eines Antifaschisten« werden. Fenster müssen ersetzt werden, 1.000 Euro sind nötig. Man freut sich auch über kleine Beiträge.

Spendenkonto: RAA Sachsen e.V., Konto: 0643998600, BLZ: 850 802 00, Verwendungszweck: RM16

□ Die **IG BAU** warnt: Die EU will Saisonarbeit in fast allen Branchen ermöglichen. Das hätte so-

wohl negative Auswirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt als auch für die ausländischen SaisonarbeiterInnen, die jetzt schon mit niedrigen Löhnen und oft bedenklichen Arbeitsbedingungen zu kämpfen haben. Die IG BAU hat die Bundesregierung und die Abgeordneten des Europäischen Parlaments daher aufgefordert, die geplante Saisonarbeiter-Richtlinie der EU-Kommission abzulehnen.

[www.igbau.de](http://www.igbau.de)

□ »Fit in den Job« – dieses DGB-Jugend-Motto hat die **Junge Gruppe der GdP** diesmal besonders ernst genommen: Zu einem Seminar gleichen Namens fanden sich im September 2010 17 junge GdP-Mitglieder aus ganz Deutschland in der Sportschule im brandenburgischen Lindow ein. Es gab Beachsoccer, Hallenhockey, Volleyball, Rückenschule, für illegal gehaltene Bikinis und ähnlich Erstaunliches mehr.

Den lesenswerten Seminarbericht gibt's auf: [www.gdp.de/gdp/gdpjg.nsf/id/DE\\_Fit\\_im\\_Job](http://www.gdp.de/gdp/gdpjg.nsf/id/DE_Fit_im_Job)

## WETTBEWERB DES MONATS

Am 2. Mai 2011 jährt sich zum 78. Mal der Überfall nationalsozialistischer Sturmtrupps auf die Gewerkschaftshäuser: GewerkschafterInnen wurden bedroht, verhaftet, gefoltert, ermordet.

Die geschichtliche Erinnerung wachzuhalten und das kritische Bewusstsein gegen Neonazis zu stärken, ist Ziel des Wettbewerbs »2. Mai 1933«. Am Beispiel eines Gewerkschaftshauses in der eigenen Stadt oder Region sollen die damaligen Geschehnisse recherchiert werden.

Mitmachen können Schulklassen der Stufen 8 bis 11. Die gewerkschaftliche Immobiliengesellschaft Giro hat den Wettbewerb mit Preisen im Gesamtwert von 25.000 Euro ausgestattet.

[www.zweiter-mai-1933.de](http://www.zweiter-mai-1933.de)

### + Saubere Kampagne:

Die Selbstmorde beim Apple-Zulieferer Foxconn, die viel

Medienresonanz erfahren haben, machen deutlich, wie mies die Arbeitsbedingungen von IT-Produzenten sind. Die Initiative »Procure IT Fair« sammelt derzeit Unterschriften für die faire Beschaffung von Computern und anderen IT-Geräten im öffentlichen Dienst und an Universitäten. Anfang Dezember 2010 sollen die Unterschriften dann an HochschulrektorInnen übergeben werden.

<http://procureitfair.org/petition/german>



### + Standardwerk:

Der dtv-Atlas Politik liefert das Grundwissen für Schule, Ausbildung und Studium.

*Franz Kohout u.a.: dtv-Atlas Politik, dtv, München 2010, 256 S., 12,90 Euro*

### + Der schöne Film zur Finanzkrise:

»Wasser unterm Hammer«. Der Aufklärungsfilm über die Privatisierung der Wasserversorgung ist der Knüller: Überall, wo Gemeinden Gefahr laufen, ihre Stadt- bzw. Wasserwerke zu privatisieren, wird der Film gezeigt. Inzwischen ist er in acht Sprachversionen rund um den Globus im Einsatz.



»Wasser unterm Hammer«. D 2006. Regie: Leslie Franke, Herdolor Lorenz. Derzeit in den Kinos, alle Infos unter [www.wasseruntermhammer.de](http://www.wasseruntermhammer.de)

## HATTINGEN – SEMINARE

**Gewaltdeeskalationstraining:** Keine Gewalt – oder es knallt. Schön, wenn es immer so einfach wäre. Wer Gewalt vermeiden, verhindern oder deeskalieren will, muss genau wissen, worum es sich handelt, wo Ursachen zu suchen und zu finden sind, welche Wirkungen und Spuren Gewalt hinterlässt und woran man Gewalt, auch versteckte, heimliche, erkennen kann. Das Training ist als handlungsorientiertes Seminarprogramm konzipiert.

10. bis 12. Dezember 2010 Buchungscod GED 610268911

**»Students at work«-Aufbauseminar – im Fokus:** Weitergehende Kenntnisse und aktuelle Entwicklungen im Arbeits- und Sozialrecht.

26. bis 28. November 2010. Buchungscod ABA 610278969

**Und das geht extra:** Vernetzungstreffen für Studi-BeraterInnen. Auf der Tagesordnung: Neue Impulse für die Studierendenarbeit.

5. bis 7. November 2010.

Anmeldungen und Infos: [www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)

## IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail: [jkiontke@web.de](mailto:jkiontke@web.de)

Internet: [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

Druck: PrintNetwork PN GmbH

Redaktion: Jürgen Kiontke

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: [daniela.linke@dgb.de](mailto:daniela.linke@dgb.de)

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

## Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den  
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend  
Soli aktuell  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin



Ich möchte monatlich \_\_\_ Exemplar(e) bestellen.

vorname

name

organisation

funktion

straße

nummer

plz

ort

unterschrift